Warum Trump in Bezug auf den Frieden in der Ukraine richtig liegt

In Alaska wurde ihm die Realität bewusst: Er befürwortet nun ein Abkommen, ohne zuvor einen Waffenstillstand zu fordern, der ohnehin nie funktioniert hätte.

17. August 2024 | Anatol Lieven

Die meisten westlichen Kommentare zum Gipfeltreffen in Alaska kritisieren Präsident Trump aus genau dem falschen Grund. Der Vorwurf lautet, dass Trump durch die Aufgabe seiner Forderung nach einem bedingungslosen Waffenstillstand als ersten Schritt in den Friedensgesprächen eine Schlüsselposition aufgegeben und sich "auf die Seite Putins gestellt" habe.

Das ist Unsinn. Was Trump getan hat, ist, sich der Realität anzuschließen, und der eigentliche Vorwurf gegen ihn lautet, dass er dies wahrscheinlich von Anfang an hätte tun sollen, um sechs Monate fruchtloser Verhandlungen und Tausende von ukrainischen und russischen Menschenleben zu sparen. Darüber hinaus hat sich Trump durch die kontinuierliche Betonung eines vorherigen Waffenstillstands als sein Hauptziel genau der Kritik ausgesetzt, die er jetzt erhält.

Er hat nun völlig Recht, wenn er <u>sagt</u>, dass er "direkt zu einem Friedensabkommen kommen will, das den Krieg beenden würde, und nicht zu einem bloßen Waffenstillstand, der oft nicht hält".

Die russische Seite hat von Beginn der Verhandlungen an klargestellt, dass sie einem bedingungslosen Waffenstillstand nicht zustimmen würde. Tatsächlich wäre es völlig unlogisch gewesen, dies zu tun, da der militärische Druck auf die Ukraine und die Fortschritte auf dem Schlachtfeld bei weitem das wichtigste Druckmittel sind, das Russland am Verhandlungstisch einsetzen kann.

Die Weigerung westlicher Analysten und europäischer Regierungen, dies anzuerkennen, zeugt entweder von einer Unfähigkeit, offensichtliche Realitäten zu verstehen, oder von dem Wunsch, dass der Krieg unbegrenzt weitergeht, in der Hoffnung, dass Russland schließlich den aktuellen Friedensbedingungen der Ukraine zustimmen wird. Das wäre sinnvoll, wenn die Bedingungen der Ukraine realistisch wären und die Entwicklungen auf dem Schlachtfeld zugunsten der Ukraine verliefen. Einige Forderungen der Ukraine sind für Moskau jedoch völlig inakzeptabel, und die Ukraine und der Westen haben keine Möglichkeit, Russland zur Zustimmung zu zwingen, da es die russische Armee ist, die (wenn auch langsam) vorrückt, und der Westen keine Soldaten zur Verfügung stellen kann, um die zunehmend zahlenmäßig unterlegenen und erschöpften Streitkräfte der Ukraine zu verstärken.

Die Forderung nach einem Waffenstillstand ohne Friedensabkommen widerspricht zudem den wahren Interessen der Ukraine und Europas. Ein solcher Waffenstillstand wäre äußerst fragil und würde, selbst wenn er von beiden Seiten (weitgehend) eingehalten würde, zu einem halb eingefrorenen Konflikt führen, der ständig wieder aufflammen könnte. Dies würde es der Ukraine erheblich erschweren, die Reformen und die wirtschaftliche Entwicklung durchzuführen, die für eine Mitgliedschaft in der EU notwendig sind.

Es ist verständlich, dass die NATO-Regierungen den Absichten Moskaus misstrauen. Doch um einen praktischen und tragfähigen Ansatz für Friedensverhandlungen zu verfolgen, müssen sie erkennen, dass auch die Russen ihren Absichten misstrauen, und das teilweise aus gutem Grund. In internationalen Angelegenheiten – und in der Geschichte – gibt es keine dauerhafte und absolute Sicherheitsgarantie, wie sie derzeit von den Europäern gefordert wird.

Sofern nicht eine Seite vollständig besiegt und unterworfen wird – was im Fall Russlands nicht in Frage kommt –, ist das Beste, worauf man realistischerweise hoffen kann, eine Kombination aus Abschreckung und Anreizen, die eine Rückkehr zu den Waffen für lange Zeit verhindern wird.

Ein halbwegs eingefrorener Konflikt wäre auch für den europäischen Kontinent insgesamt schädlich. Er würde langfristig die Gefahr einer Rückkehr des Krieges in der Ukraine und einer Verwicklung Europas in diesen Krieg schaffen, da die langfristige militärische Unterstützung Europas durch die USA unter diesen Umständen offensichtlich nicht mehr gewährleistet ist.

Andererseits würde, wie letzte Woche in *Responsible Statecraft* hervorgehoben wurde, die daraus resultierende Notwendigkeit und Hoffnung auf Unterstützung durch die USA die EU-Staaten zu einer immer tieferen Abhängigkeit von den unzuverlässigen USA zwingen, was zu einer weiteren wirtschaftlichen Kapitulation in Bezug auf Zölle und einer Unterwerfung unter die Agenda der USA im Nahen Osten führen würde, wie wir sie in den letzten Monaten erlebt haben. Wenn dies so weitergeht, werden solche Demütigungen das Ansehen der europäischen Institutionen im Inland untergraben und den sozialen <u>Frieden</u> und die liberale Demokratie in einer Weise gefährden, wie es Moskau niemals erreichen könnte.

Das Schlimmste daran ist, dass die sogenannte europäische "Koalition der Willigen" laut ihrer jüngsten <u>Erklärung</u> versuchen könnte, einen Waffenstillstand zu nutzen, um eine europäische Streitmacht in die Ukraine zu entsenden, selbst ohne ein umfassendes Abkommen:

Die Ukraine muss über robuste und glaubwürdige Sicherheitsgarantien verfügen, um ihre Souveränität und territoriale Integrität wirksam verteidigen zu können. Die Koalition der Willigen ist bereit, eine aktive Rolle zu übernehmen, unter anderem durch Pläne derjenigen, die bereit sind, nach Beendigung der Feindseligkeiten eine Sicherheitstruppe zu entsenden. Es sollten keine Beschränkungen für die ukrainischen Streitkräfte oder deren Zusammenarbeit mit Drittländern auferlegt werden. Russland darf kein Veto gegen den Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO einlegen.

Das ist entweder Wahnsinn oder Doppelzüngigkeit, denn jede europäische Regierung (und die Biden-Administration) hat bereits erklärt, dass sie nicht bereit ist, einen Krieg zur Verteidigung der Ukraine zu führen. Selbst die polnische Regierung hat die Entsendung von Truppen in die Ukraine ausgeschlossen. Die britische Regierung hat sich als erste für eine solche Truppe ausgesprochen – aber auch erklärt, dass dies nur mit einer garantierten "Absicherung" durch die USA möglich sei, was die Trump-Regierung bisher ausgeschlossen hat. Meinungsumfragen zeigen, dass die europäische Öffentlichkeit in der Frage der Entsendung von Truppen in die Ukraine tief gespalten ist.

Sind die europäischen Regierungen wirklich bereit, eine völlig unzureichende Anzahl ihrer Soldaten in einen ungelösten Konflikt zu schicken? Oder ist dies angesichts der Tatsache, dass Russland eine solche Truppe als Teil eines Friedensabkommens kategorisch abgelehnt hat, nicht vielmehr ein hinterhältiger Versuch, eine Einigung zu blockieren?

Das Gleiche gilt für die Aussage, dass der Weg der Ukraine zur NATO offen bleiben sollte. Dies zu verhindern war ein wesentlicher Teil der Motivation Moskaus für den Beginn dieses Krieges. Das Beharren auf dieser Bedingung würde daher ein Friedensabkommen blockieren – und wäre gleichzeitig völlig sinnlos und heuchlerisch, angesichts der erklärten und demonstrierten Weigerung der NATO-Regierungen, einen Krieg zur Verteidigung der Ukraine zu führen. Offizielle Erklärungen über die "unerschütterliche Solidarität" der EU-Staaten sind sinnlos, da die Russen ihnen keinen Glauben schenken – und äußerst gefährlich, wenn die Ukrainer sie glauben.

Nichts davon sollte so verstanden werden, dass alle Bedingungen Russlands akzeptabel sind oder akzeptiert werden sollten. Putin scheint eine unmögliche Forderung fallen gelassen zu haben, nämlich den Rückzug der Ukraine aus den gesamten Provinzen Kherson und Saporoschje. Die verbleibende Forderung Russlands ist der Rückzug der ukrainischen Armee aus dem von ihr gehaltenen Teil von Donezk als Gegenleistung für den Rückzug Russlands aus viel kleineren Teilen von Charkiw und anderen Provinzen.

Trump soll der ukrainischen Regierung geraten haben, dies zu akzeptieren. Sie weigert sich jedoch, was zwar verständlich ist, aber auch falsch, wenn sie dadurch einen stabilen Frieden und russische Kompromisse in anderen Bereichen erreichen könnte – insbesondere in Bezug auf Moskaus Forderung nach einer "Entmilitarisierung" der Ukraine. Realistisch betrachtet scheint die ukrainische Armee ohnehin dabei zu sein, dieses Gebiet zu verlieren.

Wir werden viel mehr über die aktuellen Bedingungen in Russland erfahren, wenn Trump am 18. August mit Präsident Selensky zusammentrifft. Trump betreibt eine Art Pendeldiplomatie zwischen den beiden Konfliktparteien; das Einzige, was daran etwas ungewöhnlich ist, ist, dass es der US-Präsident ist, der dies tut, und nicht der Außenminister oder der Nationale Sicherheitsberater.

Ist es klug von Trump, das Ansehen des US-Präsidentenamtes auf diese Weise aufs Spiel zu setzen? Man muss ihm zumindest moralischen Mut zugestehen. Es ist jedoch auch wahr, dass Putin zwar kaum der "globale Paria" der westlichen Politik und <u>Medienrhetorik</u> ist, aber eindeutig bestrebt ist, die Beziehungen zu den USA wiederherzustellen und sie mit Trump aufrechtzuerhalten; und wenn ein persönliches Treffen mit dem US-Präsidenten und eine Fahrt in der Präsidentenlimousine der Preis für die Reduzierung der russischen Forderungen an die Ukraine sind, dann ist das ein Preis, der es wert ist, gezahlt zu werden.